

Zeitschrift: Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik
Herausgeber: Widerspruch
Band: 32 (2013)
Heft: 63

Artikel: Bildungsproteste und gesellschaftlicher Umbruch in Chile : von Unmut über die Ungleichheit in der Bildung zur breiten sozialen Bewegung
Autor: Abujatum Berndt, Leonor
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-652546>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 27.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Leonor Abujatum Berndt

Bildungsproteste und gesellschaftlicher Umbruch in Chile

Vom Unmut über die Ungleichheit in der Bildung zur breiten sozialen Bewegung*

«Die Geschichte gehört uns, es sind die Völker, die sie schreiben.»
Aus der letzten Rede von Salvador Allende

María Eugenia Domínguez ist Ende vierzig. Sie gehört einer Generation an, die sich mutig für das Ende der chilenischen Diktatur (1973–1990) einsetzte. Mitte der 1980er-Jahre, als das kaum jemand wagte, ging sie zusammen mit vielen anderen Jugendlichen auf die Strasse, um zunächst gegen die Privatisierungen im Bildungsbereich zu protestieren. Gemeinsam mit Menschenrechtsverteidiger/innen, Arbeiter/innen und Künstler/innen weiteten sie diese Bildungsproteste zu einer umfassenden Protestbewegung gegen das Militärregime aus. Nicht wenige – teilweise auch Kinder – gerieten in die Fänge des Repressionsapparats: Haft, Folter und selbst Mord waren der hohe Preis, den sie für eine demokratische Gesellschaft zu erleiden bereit waren. Die ersten freien Wahlen kamen 1989 zustande – es herrschte Hoffnung auf eine bessere Zukunft. Was nach diesen Wahlen einsetzte, wird in Chile *transición*¹ genannt: der Übergang von der Diktatur zur Demokratie. Eine ernüchternde Erfahrung.

María Eugénias 18-jährige Tochter heisst Eloísa González. Sie war 2012 Sprecherin der Schülerversammlung ACES (Asamblea Coordinadora de Estudiantes Secundarios) und ist eine der markantesten Figuren der aktuellen Bildungsbewegung. Fast drei Jahrzehnte nach ihrer Mutter und vier Jahrzehnte nach dem brutalen Ende der Volksfront-Bestrebungen unter Salvador Allende setzen sie und ihre Generation sich erneut für ein demokratisches und gerechtes Chile ein. Wiederum sind die Repressionsmassnahmen von staatlicher Seite gegen die protestierende Bevölkerung erschreckend ähnlich jenen, die unter dem Regime von General Pinochet angewendet wurden. Ein Todesopfer ist zu beklagen, es gibt Tausende Ver-

* Gekürzte und aktualisierte Fassung des Beitrags «Chile: Ein Land im Umbruch? Wie aus dem Unmut über soziale Ungleichheit eine Neoliberalismus-kritische Bewegung wurde», erschienen in: Ehlers 2013.

letzte; Notstands- und Antiterrorgesetze treten in Kraft. Nationale wie internationale Organisationen sprechen von Folter und von irregulären Festnahmen bzw. Kidnapping seitens der Sicherheitskräfte, verstärkt gegenüber Minderjährigen.

Ab April 2011 gingen vornehmlich junge Menschen auf die Strasse, um gegen das ungerechte Bildungssystem zu protestieren, das ihrer Ansicht nach die gravierenden sozialen Ungleichheiten weiter vertieft. Die Proteste wuchsen zu einer der grössten sozialen Bewegungen Chiles an, mit der sich immer breitere Teile der Gesellschaft auf unterschiedliche Weise solidarisierten. Dabei wurden zunehmend grundlegende Fragen aufgeworfen, die die in Chile herrschende formale Demokratie neoliberaler Ausprägung kritisch hinterfragten. Was als «Chilenischer Herbst» im April/Mai 2011 begann, setzte sich als Protestbewegung in allen darauf folgenden Jahreszeiten bis heute fort. Auch im Wahljahr 2013² ist kein Ende in Sicht und der Druck auf die Politiker/innen nimmt weiter zu.

Sektorielle Forderungen von Ein-Thema-Bewegungen sind kein Novum in Chile. Bereits seit einigen Jahren hatten sich unterschiedliche Teile der Gesellschaft immer wieder gegen bestehende Ungerechtigkeiten erhoben.³ Die wenigsten konnten sich jedoch durchsetzen, denn als vereinzelte und zersplitterte Proteste konnten sie einfach in die Schranken gewiesen werden. Im orchestrierten Zusammenspiel zwischen herrschender Politik, polizeilicher Gewalt und Medien wurde und wird alles getan, um sämtliche Bewegungen zu zersprengen, bevor sie an Bedeutung gewinnen können. Mit minimalen Zugeständnissen werden sie demobilisiert, sie werden ignoriert oder kleingeredet, diffamiert und kriminalisiert (Buhl / Korol 2008). Doch seit 2011 hat sich dies verändert. Die lang erprobte Herrschaftspraxis der Fragmentierung und Deckelung zeitigt zunehmend weniger Erfolg. Es ist davon die Rede, dass sich ein kultureller Wandel vollzogen habe und dass die Menschen kritischer eingestellt seien (Vallejo 2012). Grosse Teile der Bevölkerung zweifeln an der Berichterstattung und verurteilen die rücksichtslose Gewalt, die im Namen von Ordnung und Frieden ausgeübt wird. Diverse Umfragen belegen, dass die gesamte politische Klasse samt ihrer Institutionen (Kongress, Senat, Abgeordnetenversammlung usw.) in eine grosse Legitimations- und Repräsentationskrise gestürzt ist.⁴ Die Menschen beginnen zu erkennen, dass die Ursachen vieler Probleme in den zutiefst neoliberalen Strukturen des Landes liegen, welche ihr eheres Fundament in der 1980 von der Militärdiktatur verabschiedeten Verfassung haben und seither von den staatlichen Organen garantiert, ausgebaut und verwaltet worden sind. Nicht nur der Regierung und den Politikern wird misstraut, sondern dem System als Ganzem.

Während das politische Bewusstsein der Bevölkerung sich schärft, nehmen die Repressionsmassnahmen zu, Pressefreiheit und Versammlungs-

recht werden eingeschränkt. Diese Umstände lösten Solidarisierungseffekte in der Bevölkerung aus und beflügelten das Auftreten immer kreativerer Formen zivilen Ungehorsams. Nach John Rawls artikuliert sich dieser in «einer öffentlichen, gewaltlosen und gewissenbestimmten, aber gesetzeswidrigen Handlung, die gewöhnlich eine Änderung der Gesetze oder der Regierungspolitik herbeiführen soll» (Rawls 1975, 401). In Anbetracht der Tatsache, dass es keinen Willen zum Dialog seitens der politischen Elite gibt, ist es nicht verwunderlich, dass sich die Protestwelle über 2011 hinaus bis heute fortsetzte und sich immer wieder auch passiver Gewaltmittel wie Blockaden und Besetzungen bediente.

Das chilenische Bildungssystem

Über Jahrzehnte hinweg waren immer mehr Aufgaben und Verantwortlichkeiten des Staates in die Hände der Unternehmer übertragen worden, bis schliesslich 2010 mit der Person Sebastián Piñeras⁵ das Unternehmertum direkt in den Präsidentenpalast einzog und die Geschicke des Staates unmittelbar in seine Hände nahm.

Der Präsident bezeichnet Bildung ganz offen als «Konsumgut» und erinnert daran, dass «nichts im Leben umsonst ist» (Miranda 2011). Bildung ist in Chile zu einer reinen Ware reduziert worden. Wie bei den meisten anderen käuflich zu erwerbenden Produkten gilt seit dem Militärregime auch im Falle des chilenischen Bildungswesens die Logik: je höher die Qualität, desto höher auch der Preis. Die soziale Ausgrenzung wird laut UNESCO⁶ bereits im Kindesalter durch ein dreigeteiltes Grundschulwesen zementiert: Wohlhabende haben Zugang zu einer qualitativ hochwertigen privaten Schulbildung, während sich die Angehörigen der Mittelschicht nur mittelmässige, vom Staat subventionierte halbprivate Einrichtungen leisten können. Die Armen werden dagegen mit einer ungenügenden öffentlichen Schulbildung abgespeist. Zudem obliegt die Verantwortung für staatliche Schulen nicht dem Bildungsministerium, sondern den jeweiligen Gemeinden. In Chile gibt es aber keinen Finanzausgleich zwischen wohlhabenden und strukturschwachen Regionen. Damit sind die ärmeren Gemeinden, die ohnehin mit grossen sozialen Schwierigkeiten konfrontiert sind, von wenigen Ausnahmen abgesehen, mit dieser Aufgabe überfordert. Dies führt zu unhaltbaren Zuständen: Die Gehälter der Lehrer/innen sind viel zu niedrig, die sozialen und psychischen Probleme der Schulkinder aber umso grösser und dramatischer, die Infrastruktur und andere Rahmenbedingungen unzumutbar, die pädagogischen Lernerfolge am niedrigsten. Wenn auf den Protestdemonstrationen Plakate mit dem Slogan «Nein zur Bildungs-Apartheid» zu sehen waren, dann darf dies keineswegs als Übertreibung verstanden werden. Das dreigeteilte Schulwesen zementiert die Undurchlässigkeit der Klassengesellschaft.

Nicht besser sieht es im chilenischen Hochschulsystem aus. Der Staat trägt von den Gesamtkosten im Bildungssektor nur 15 bis 20 Prozent, für den Rest müssen die Familien privat aufkommen. In kaum einem anderen Land der Welt ist ein Studium so kostspielig für Studenten wie in Chile. Auch die Studiengebühren, selbst die der «staatlichen» Universitäten, zählen laut Berechnungen der OECD mit durchschnittlich 350 Euro monatlich zu den teuersten überhaupt. Ferner muss bedacht werden, dass das Mindesteinkommen bei etwas mehr als 250 Euro im Monat liegt. Trotz gesetzlicher Vorschriften, welche Profite in universitären Einrichtungen verbieten (die Einnahmen der Universitäten sollten in Forschung, Lehre, Ausstattung usw. reinvestiert werden), ist das Hochschulsystem in der Praxis vorrangig ein unternehmerisches Geschäft geworden, unter dem die Qualität vor allem vieler privater Universitäten stark leidet.⁷ Es herrscht die sogenannte «Freiheit der Lehre», die zwar ein hohes Ideal ist, in der Praxis aber dazu führt, dass keine demokratische Regulierungsmöglichkeit besteht, wenn die Gebühren von Semester zu Semester weiter ansteigen.

Die Ablehnung der Verantwortung durch den Staat geht so weit, dass man sich im Falle von Beschwerden nicht an das Bildungsministerium, sondern an die Verbraucherzentrale wenden muss. Das geschieht aufgrund der mangelnden Qualität der Studiengänge ziemlich oft. So können die universitären Einrichtungen Studiengänge ohne jegliche Zukunftsperspektiven erfinden oder schon vorhandene Studiengänge einfach nur umbenennen, damit sie besser auf dem Markt angepriesen werden können. Selbst Fächer wie Betriebs- und Volkswirtschaftslehre, Tontechnik und Agrarwissenschaften wurden auf diese Weise den Ingenieurwissenschaften zugeordnet. Das Ergebnis: Weniger als die Hälfte der Studienabgänger/innen arbeitet jemals im studierten Fachbereich. Von 100 Eingeschriebenen beenden nur 60 ihr Studium. Ein akademischer Titel kostet mithin sehr viel Geld, ist aber tatsächlich in der Regel immer weniger wert und garantiert nur eines: abzubezahlende Schulden. Die Studenten behaupten deshalb, der chilenische Staat stelle die Freiheit der Bildungsunternehmer über das Recht des Volkes auf Bildung.

Ausreichende Stipendien, «weiche Kredite», staatliche Bildungsförderung (etwa entsprechend dem deutschen Bundesausbildungsförderungsgesetz) oder an die Zahlungskraft angepasste Studiengebühren gibt es nicht. Zuschüsse für Verpflegung, Transport oder Unterrichtsmaterialien sind ebenfalls begrenzt. Da grosse Teile der Mittel- und Unterschicht sich die hohen Studiengebühren nicht leisten können und keinerlei oder nur sehr wenig Unterstützung vom Staat erhalten, nehmen sie Studienkredite auf. Mit Zinsen zwischen 5 und 7 Prozent ist das ein rentables Geschäft für die privaten Banken. Dadurch zahlen die Wohlhabenden, die sich Bildung leisten können, bis zu dreimal weniger als diejenigen, die sich gezwun-

gen sehen, einen Kredit mit enormer Zinslast aufzunehmen, welchen sie im Durchschnitt zwölf Jahre lang abbezahlen. In dieser Hinsicht gibt es jedoch kleine Erfolge zu verzeichnen. So reichte die Regierung 2012 einen Gesetzesvorschlag ein, um einerseits die Zinsen auf 2 Prozent zu reduzieren und andererseits staatliche statt ausschliesslich private Studienkredite zu vergeben. Dies erschien noch vor zwei Jahren als undenkbar.

Vorgeschichte der Bildungsproteste

Auch wenn es, vor allem vom Ausland aus betrachtet, so erscheinen mag, als ob die Studentenbewegung im Laufe des Jahres 2011 plötzlich explodierte, ist sie alles andere als eine spontane Erscheinung und kann auf eine längere Vorgeschichte zurückblicken.

Im April 2006 begannen in Chile Schülerproteste, die in Anlehnung an die im ganzen Land verbreiteten weiss-dunkelblauen Schuluniformen als «Rebellion der Pinguine» in die Geschichte eingingen.⁸ Sie richteten sich gegen das chilenische Bildungsgesetz LOCE (Ley Orgánica Constitucional de Enseñanza), welches am 10. März 1990 – einen Tag vor dem Ende der Militärdiktatur – erlassen wurde. Im Rahmen der zunächst von der Politik weitgehend ignorierten Proteste kam es zu massenhaften Streiks von Schüler/innen und sich solidarisierenden Student/innen, die in heftigen Auseinandersetzungen mit der Polizei mündeten. Es wurde, obwohl von der sozialdemokratischen Regierung Michelle Bachelets ursprünglich nicht vorgesehen, eine Arbeitskommission eingerichtet, um ein neues Bildungsgesetz auszuarbeiten. Die Schüler/innen gingen nach monatelangen Mobilisierungen schliesslich auf das Dialogangebot ein und beendeten ihre Proteste. Das neue Gesetz zur Bildung LGE (Ley General de Educación) unterschied sich jedoch kaum vom vorherigen LOCE-Gesetz und ging keineswegs auf die von den Schülern kritisierten bildungspolitischen Grundprobleme ein.⁹

Die Schüler/innen, die 2006 massenhafte protestiert hatten, sind nach dem Ende der Militärdiktatur aufgewachsen, sie mussten nun aber ihrerseits auf den Strassen und selbst in den Schulen Polizeigewalt und staatliche Repression erfahren. Sie wurden pauschal als Kriminelle abgestempelt, aufgrund ihres Alters als Dialogpartner/innen infrage gestellt und mit einer Pseudoreform sowie billigen Zugeständnissen abgespeist. Während die heutigen Schüler/innen immer noch mit den gleichen Problemen zu kämpfen haben, sitzen ihre Vorgänger/innen inzwischen in den Hörsälen der Universitäten oder in spärlich ausgestatteten Räumlichkeiten ausschliesslich privater technischer Institute. Sie scheuen sich nicht vor parteiübergreifender Kritik an dem ungleichen Bildungssystem, welches vom Militärregime eingeführt, unter den Regierungen der *Concertación* gefestigt wurde und unter der gegenwärtigen Präsidentschaft weiter verankert

wird. Sie haben die gesellschaftliche Dimension des Problems, das transversal alle sozialen Schichten und Altersklassen betrifft, umfassend erkannt und nutzen nun das Know-how ihrer Generation, um aus dem Unmut unmündiger – weil nicht repräsentierter – Bürger/innen eine dynamische Bewegung zu formen.

Zentral für die Vorbereitung der Bildungsproteste war das Jahr 2009. Kurz nachdem das in LGE umbenannte Bildungsgesetz Pinochets mit geringen Veränderungen in Kraft trat, fand ein nationaler Bildungskongress statt. Organisiert wurde dieser vor allem durch den Studentenverband CONFECH (Confederación de Estudiantes de Chile). In verschiedenen Städten kamen Tausende Studierende, Lehrende, Schüler/innen, Dozent/innen sowie weitere bildungspolitische und zivilgesellschaftliche Akteur/innen zusammen, um sich über konkrete, bildungspolitische Ziele zu verständigen und Strategien zu deren Umsetzung zu entwickeln. Die Schlussfolgerungen des Kongresses von 2009 bilden noch immer den roten Faden der heutigen Bildungsbewegung.

2010 sollten die Proteste beginnen, doch das Erdbeben vom 27. Februar, am Ende der Sommerferien, veränderte alles. Dabei erwies sich der hohe Organisationsgrad der Studierenden als Vorteil, denn die freiwilligen studentischen Brigaden wurden wenige Stunden nach dem Erdstoss aktiv und erreichten Tage vor Ankunft der staatlichen Hilfe die betroffenen Regionen. Zehntausende Studierende organisierten sich aufgrund des Erdbebens auf landesweiter Ebene. Zum ersten Mal vernetzten sich Studenten aus privaten und staatlichen Universitäten und arbeiteten eng zusammen – ein idealer Nährboden für politische Lernprozesse und für die Ereignisse, die kurze Zeit später folgen sollten.

Forderungen der Bildungsbewegung

Die Bildungsbewegung hat die folgenden zentralen Forderungen¹⁰ aufgestellt: Das Bildungssystem ist grundsätzlich zu überdenken, und die Frage ist zu klären, welcher Wert der Bildung in der Gesellschaft zukommt. Weitere kosmetische Veränderungen reichen nicht, es braucht eine tief greifende Reform, welche alle Bildungsstufen inklusive der Ausbildung der Pädagogen einbezieht. Der Zugang zu unentgeltlicher Bildung soll ein in der Verfassung verankertes soziales Recht werden; dazu müssen unter anderem durch eine Steuerreform mehr Gelder in den öffentlichen Sektor gelenkt und zugleich die Verschuldung der Familien gestoppt werden. Das Ziel müsse eine «educación pública, gratuita y de calidad» sein, eine öffentliche, kostenlose und hochwertige Bildung.

Die Sprecher stellen sich kategorisch gegen das Konzept, das Bildung als ein Konsumgut versteht, das gekauft werden müsse. Auch der Zugang zur Hochschulbildung soll für alle, zumindest aber für die Armen und für

Angehörige der Mittelschicht, durch Stipendien und andere Massnahmen gewährleistet sein, um die Verschuldung der betroffenen Familien und ihren sozialen Ruin zu verhindern. Bei den aktuellen Protesten geht es nicht darum, die privaten Institutionen abzuschaffen, welche die überwältigende Mehrheit in der Hochschulbildung ausmachen. Sie sind jedoch auf Ausbildungsqualität und nicht wie bisher auf Gewinn auszurichten: Sie sollten sich an das existierende Gesetz halten und der Staat solle dies durchsetzen.

Ein Hauptanliegen der Bewegung bleibt, der Deffinanzierung und Prekarisierung der 24 traditionellen Universitäten ein Ende zu setzen.¹¹ Und künftig sollen sie für die Studierenden unentgeltlich sein. Im Verständnis der chilenischen Bildungsbewegung muss jedes Land, welches sich heutzutage in politischer, kultureller, wirtschaftlicher wie sozialer Hinsicht als fortschrittlich bezeichnen will, einen öffentlichen, staatlich finanzierten Bildungssektor unterhalten. Alle Mitglieder eines demokratischen Rechtsstaates müssen durch egalitäre Ausbildungsverhältnisse die Kompetenzen entwickeln können, um an der demokratischen Willensbildung teilzunehmen. Somit definieren die Jugendlichen das Thema Bildung als ein soziales Problem des Wirtschaftssystems.

Finanzierungsalternativen

Eine Möglichkeit wäre – inspiriert durch die Umstrukturierungen in den 1960er-Jahren und bis 1973 als Folge der damaligen Studentenbewegung (siehe Garretón 1987; Huneeus 1988) –, die Studiengebühren sozialverträglich nach der Höhe des jeweiligen Einkommens zu gestalten. Der zentrale Vorschlag der Bewegung beinhaltet die Einführung einer progressiven Besteuerung von Kapital und Unternehmen (auch der vielen inter- und multinationalen Konzerne). Dasselbe gilt für den Spitzensteuersatz, der in Chile einfach umgangen wird, sodass von einem wahrhaftigen Steuerparadies für Besserverdienende gesprochen werden kann. Bis Ende 2011 weigerte sich die Regierung, eine Steuerreform überhaupt zu thematisieren – zurzeit wird im Kongress darüber diskutiert und fast alle Präsidentschaftskandidaten erachten sie als unumgänglich. Aktuelle Studien wie die der Fundación Sol¹² belegen, dass die obersten 5 Prozent der Wohlhabenden in Chile 830-mal mehr verdienen als die untersten 5 Prozent der Armen. 10 Prozent der Reichsten konzentrieren 40 Prozent aller Einkommen des Landes auf sich, während 40 Prozent der Ärmsten lediglich auf einen Anteil von 1 Prozent kommen.

Fakt ist, dass im Chile der 1960er- und der beginnenden 1970er-Jahre, als das Land siebenmal ärmer war als heute und knapp zweieinhalb Millionen Menschen zur Schule gingen oder studierten, im gesamten öffentlichen Sektor keine Studiengebühren erhoben wurden. Heute gibt es zwar

fast doppelt so viele Schüler/innen und Studierende, doch während in den 1970er-Jahren Kupfer im Wert von 550 Millionen Dollar exportiert wurde, erreichen die Exporte heute das 80-fache im Wert von rund 44 000 Millionen Dollar.¹³ Studierende und Kupferarbeiter sind sich aus diesem Grund darin einig, dass die Gelder sehr wohl zur Verfügung stehen, um einen qualitativ hochwertigen, umfassenden öffentlichen Bildungssektor zu unterhalten. Der nationale Streiktag vom 26. Juni 2013, zu dem Studenten, Schüler, Hafen- und Bergbauarbeiter aufgerufen hatten, stand deshalb unter dem Motto «Recuperar el cobre para la educación gratuita» (das Kupfer zurückholen für eine kostenlose Bildung). Wenn die Reichen mehr Steuern zahlen würden und wenn der Staat die Steuerbefreiung multinationaler Firmen (beispielsweise auch der Kohle- und Energiekonzerne) aufheben würde, wie es selbst der Internationale Währungsfonds im Oktober 2011 empfohlen hat, könnte in Chile ein kostenloser Zugang zur öffentlichen Bildung gewährleistet werden. Durch eine Steuerreform könnten zudem nicht nur die staatliche Bildung, sondern beispielsweise auch das kränkelnde Gesundheitswesen finanziert werden. Schritt für Schritt würde man sich so dem Ziel einer demokratischen Gesellschaft annähern. Die Regierung hält dagegen, dass eine kostenlose Bildung nicht möglich sei. Nach ihrer polemischen Argumentation wäre dies ungerecht, weil so die Armen die Bildung der Reichen durch ihre Steuern mitfinanzieren müssten.

Die neue Art zu demonstrieren

Der Wahlkampflogan der seit 2010 amtierenden Mitte-rechts-Koalition um Präsident Sebastián Piñera lautete: «Die neue Art zu Regieren». Darauf reagierte die Bewegung mit ihrer «neuen Art zu Demonstrieren». Sie ist nicht nur geschickt in der Artikulation ihrer Ziele und Forderungen, sondern auch kreativ hinsichtlich ihrer Aktionsformen. Die Jugendlichen sind äusserst einfallsreich darin, Aufmerksamkeit zu schaffen, zu informieren, aufzuklären, noch Abseitsstehende und Unbeteiligte für ihre Sache zu bewegen. Sie gestalten ihre Proteste auf unterhaltsame Weise in Performances und bedienen sich einprägsamer audiovisueller Botschaften. Sie nutzen verstärkt soziale Netzwerke und die besetzten (Bildungs-)Einrichtungen, um Aktionen zu koordinieren.

So gingen Hunderte «Superhelden» unter dem Motto «Mit vereinten Superkräften für Bildung in Chile» auf die Strasse. An einem anderen Tag machten mehr als 3000 «Zombies» mit entsprechender Thriller-Choreografie auf das «Sterben der öffentlichen Bildung» aufmerksam. Eine Gruppe von Studenten der Universidad de Chile programmierte die Webseite www.YoDebo.cl (ich schulde), auf der Tausende Bürger die Höhe ihrer Bildungsschulden aufgelistet haben. Mitte August 2011 hatten über 5000 eingeschriebene Studenten annähernd 140 Millionen Dollar Schulden regis-

triert. Äusserst interessant ist auch der Rückgriff auf sogenannte *brigadas*, wie sie zu Allende-Zeiten aktiv waren. Diese Kunst-Brigaden nutzen, wie damals, Wände, Haltestellen und Verkehrszeichen und bemalen sie mit kritischen Wandbildern, Parolen, kurzen Statements und politischen Graffiti. In allen grösseren Städten Chiles sprechen nun Wände Bände. Eine wiederholte Aussage lautet: «Die Wände erzählen, was die Medien verschweigen». Die Proteste haben mit 500 000 beteiligten Menschen landesweit und bis zu 200 000 in der Hauptstadt Santiago eine historische Dimension erlangt. Allein zwischen Mai und Dezember 2011 fanden über vierzig Demonstrationen unter dem Motto «Bildung für alle» statt.¹⁴

Repression und Solidarisierungseffekte

Die Regierung stellte sich zunächst gegenüber dem Konflikt taub, ignorierte die Proteste oder redete diese klein. Als Ende Mai 2011 die Massenproteste noch grössere Ausmassen annahmen, eine Reihe von Schulen sowie die Mehrheit der Universitäten des Landes besetzt waren und Protestmärsche mit Hunderttausenden Teilnehmern stattfanden, halfen das Wegschauen und die polemischen Kriminalisierungskampagnen in den Medien nicht mehr. Die Regierung erklärte deshalb im Juli 2011, die Zeit der Proteste sei vorbei, und drängte darauf, die Mobilisierungen zu beenden. Die meisten Protestaktionen wurden danach entweder gänzlich untersagt und auch gewaltsam verhindert oder nur mit einer in letzter Minute veränderten Route zugelassen. Auch genehmigte Demonstrationen wurden ohne offensichtlichen Grund mit polizeilicher Brutalität vorzeitig beendet. Diese Gewaltstrategie des Staates ging aber nicht auf, die Bewegung nahm aufgrund der Eskalation sogar noch zu. Die zur Normalität gewordene Repression löste Solidarisierungseffekte in der Bevölkerung aus.

Am 4. August 2011 wurde ein Marsch untersagt und gegen die dennoch Protestierenden gewaltsam vorgegangen. Jede Person, die als Schüler/in oder Student/in identifiziert werden konnte, musste damit rechnen, von der Polizei am helllichten Tage brutal misshandelt zu werden. Wie ein Lauffeuer verbreitete sich über Twitter und Facebook der Aufruf zu einem *cacerolazo*, einer Protestform, die es in Chile seit den 1980er-Jahren nicht mehr gegeben hatte. Als es 21 Uhr¹⁵ war, schlugen landesweit Abertausende Chilen/innen – wie vor Jahren gegen Augusto Pinochet – auf Töpfe und Pfannen, um die staatliche Repression zu verpönen und die Bewegung zu unterstützen. Seitdem kommt es immer wieder zu *cacerolazos*, vor allem an Marschtagen und während der etwa fünfzehn Generalstreiks, die es seither gab. Bemerkenswert ist, dass die *cacerolazos* teils auch in wohlhabenden Vierteln ertönen – ein absolutes Novum.

Der zentrale Gewerkschaftsverband CUT hatte beschlossen, aufgrund der extremen Gewalt seinen zweitägigen Generalstreik vom 24. und 25. Au-

gust 2011 unter das Motto «Bildung für alle» zu stellen. Während der gemeinsamen Aktion der Bildungsaktivist/innen und der in Gewerkschaften organisierten Arbeiter/innen wurde ein 16-jähriger Junge, der seinen im Rollstuhl sitzenden Bruder begleitete, von einem Polizisten ausser Dienst erschossen. Der Täter kam kurzfristig in Haft, wurde aber bald wieder freigelassen.

Die Fälle verbaler und körperlicher Angriffe, von Folter und neuerdings auch Verschleppungen (stundenlang weiss niemand, wo die Inhaftierten sind – vorrangig handelt es sich hierbei um Schüler/innen) vonseiten der Sicherheitskräfte nehmen skandalöse Ausmasse an. Viele Protestierende landen in Krankenhäusern oder werden verletzt im Nirgendwo ausgesetzt. In der Regel geschieht all dies, ohne dass die Polizei Protokoll führt. Wider die Gesetzgebung tragen viele Uniformierte zudem keine Identifikation, was die Tätersuche und eine eventuelle Anzeige im Nachhinein deutlich erschwert. Sexuelle Misshandlungen seitens der Polizei (besonders) gegen minderjährige Schülerinnen, Aufforderungen, sich nackt auszuziehen sowie gezielte Tritte in die Genitalzone, Knochenbrüche und ähnliche brutale Vorgehen kommen wieder häufig vor. Dabei verhängt die zuständige Militärjustiz meistens keine Strafen. Abgeordnete der Opposition reichten deshalb Mitte 2013 einen Gesetzesentwurf ein, der die Zivilbevölkerung vor den Übergriffen der Uniformierten schützen soll.

Gescheiterte Verhandlungen und neue Sicherheitsgesetze

Erst nach Hungerstreiks von minderjährigen Schüler/innen Ende Juli 2011, nach Hunderten von Besetzungen von Schulen und Universitäten samt gewaltsamen Räumungen, nach mehreren Generalstreiks, unzähligen Massenmärschen, vielen Solidaritätsbekundungen seitens der chilenischen Bevölkerung sowie international und nachdem das erste Todesopfer zu beklagen war, lenkte die Regierung Piñera Anfang September 2011 ein und erklärte sich zum Dialog bereit. Die Sprecher der Protestbewegung hatten lange zuvor Gespräche mit der Regierung an die Bedingung geknüpft, dass die studentischen und schulischen Vertreter sowie die der Lehrerschaft beteiligt sein müssten. Ferner müsse das Bildungssystem grundlegend analysiert und diskutiert werden.

Am 29. September 2011 fand die erste Dialogrunde statt, am 5. Oktober die zweite – und letzte. Die Regierung hatte als Druckmittel im Vorfeld die jährlichen Stipendien gestrichen, wodurch mindestens zehntausend Studierende die staatlichen Verpflegungszuschüsse verloren und durch solidarische Volksküchen verpflegt werden mussten. Zudem wurden die Lehrergehälter der besetzten Schulen nicht an die entsprechenden Gemeinden ausgezahlt. Parallel zu den Verhandlungsrunden entwarf die Regierung in Windeseile ein Gesetz, welches den «sozialen Frieden» bewahren soll. We-

nige Tage vor dem zweiten Verhandlungstermin wurde es unterzeichnet und eingereicht, woraufhin die Vertreter der Bewegung den Dialog enttäuscht beendeten.

Dieses als «Ley Hinzpeter» bekannt gewordene Gesetz, benannt nach dem damaligen Innenminister Rodrigo Hinzpeter, der nun Verteidigungsminister ist, sieht eine drastische Erhöhung der Strafen für Vermummte und Plünderer bei Demonstrationen vor, ebenso für die Besetzung von Gebäuden auf «illegale Weise». Zudem können die Organisatoren von Märschen, in denen es zu Ausschreitungen kommt, zur Rechenschaft gezogen werden. Die Strafen liegen zwischen 541 Tagen und drei Jahren Haft. Mitte Juni 2013 wurde zum zweiten Mal ein symbolischer und friedlicher «Fahrradmarsch der Vermummten» organisiert, der auf symbolischer Ebene die Forderungen der sozialen Bewegung unterstützte und das Gesetz verpönte. Unklar bleibt unter anderem, wie eine Besetzung auf legale Weise aussehen könnte.

In dem 2013 eingereichten Gesetzesentwurf «Ley mi cabo» sind härtere Strafen für Menschen vorgesehen, die sich allgemein den Anweisungen der Polizei widersetzen, sie diffamieren oder sich der Festnahme widersetzen, sowie für Menschen, die im Rahmen einer Demonstration den normalen Strassenverkehr gefährden. Laut Regierung sind die beiden Gesetze dringend nötig, denn es könne nicht sein, dass «Plünderer» das Land beherrschen. Darauf erwidert die Protestbewegung, dass die Plünderer im grossen Stil das Land schon längst beherrschen würden – das Volk fordere nun von diesen Plünderern, zum Gemeinwohl beizutragen, statt nur ihre eigenen Taschen zu füllen.

Die Vertreter/innen der Bildungsbewegung zeigen sich enttäuscht darüber, dass die Politiker/innen mehr Zeit und Energie darauf verwenden, die sozialen Bewegungen zu kriminalisieren und zu provozieren, statt der Bildungsmisere auf den Grund zu gehen und offen und mit gutem Willen in einen Dialog zu treten, um gemeinsam nach Lösungen zu suchen. Obwohl die Proteste mittlerweile mehr als zwei Jahre andauern, kam es zu keinen weiteren konstruktiven Gesprächen.

Die Jugend steckt die Bevölkerung an: Neue Verfassung!

Weite Teile der chilenischen Bevölkerung glaubten vor 2011 kaum noch daran, die herrschenden Verhältnissen grundlegend verändern zu können. Mit ihren Protesten ist die Jugend zu einem Hoffnungsträger geworden und weckt auch in Teilen der älteren Generation ein längst vergessenes utopisches Denken. Angeführt durch diese mutigen *jóvenes chilenos*, die unter den gegebenen Umständen nichts mehr zu verlieren haben und dementsprechend alles – Gewalt, Drohungen, Konsequenzen wie den Verlust des Schuljahres usw. – in Kauf nehmen, um für mehr Demokratie und Partizipation zu kämpfen, gingen die Proteste 2012 und 2013 weiter.

Die protestierende, junge Generation versteht sich nicht als Kinder der Demokratie, sondern der (ewigen) *transición* (Quezada 2004) und der Postdiktatur. «Somos los padres de la nueva revolución» (Wir sind die Eltern der neuen Revolution), ist oft an ihren Märschen zu lesen. In Chile reift so die dritte politische Generation heran; sie setzt die Jahre Allendes und vor allem die Diktaturzeit mit all ihren Gräueltaten auf die aktuelle politische Agenda.

Die heutige Jugend gibt sich mit dem System, welches unter autoritären Vorzeichen aufgezwungen wurde und eine tatsächliche Demokratie verhindert, nicht zufrieden; sie verlangt strukturelle Veränderungen in Politik und Wirtschaft sowie im Entwicklungsmodell. Die Konstituierung einer verfassungsgebenden Versammlung ist daher eine der Hauptforderungen der sozialen Bewegung. Zivile Initiativen wie *La mayoría decide* (Die Mehrheit entscheidet), *Movimiento por una Asamblea Constituyente* (Bewegung für eine verfassungsgebende Versammlung) und *Nueva Constitución* (Neue Verfassung) haben es sich zur Aufgabe gemacht, die verfassungsgebende Macht an der Basis zu erarbeiten (Salazar 2011). Damit soll verhindert werden, dass eine vierte Verfassung autoritären Charakters verabschiedet wird, die wie bisher von den herrschenden Kräften über die Köpfe der Chilen/innen hinweg erarbeitet wird.¹⁶ Viele Umfragen belegen eine hohe Zustimmung der Bevölkerung für die Forderung der sozialen Bewegung nach einer neuen Verfassung.

Die Protestbewegung begann als Bündnis der Vertretungen der Schüler/innen, des Verbands der Studierenden CONFECH¹⁷ und des Lehrer/innenverbands. Diese Zusammenarbeit weitete sich seit Mitte 2011 durch organisierte Arbeiter/innen, diverse Verbände und andere zivilgesellschaftliche Akteure zu einem breit verankerten «sozialen Tisch» aus. Diverse linke Parteien bis hin zu neuen Bündnissen wie *Revolución Democrática* (angeführt von Giorgio Jackson, einem der bekanntesten Gesichter der Bildungsbewegung) arbeiten intensiv und gemeinschaftlich daran, Alternativen für das Land zu entwickeln.

Das neoliberale Wirtschaftsmodell des *chilean way*, welches dem Land zwar gute makroökonomische Werte beschert, gleichzeitig aber Segregation und Unterdrückung zur Folge hat, hat sich in den Augen der kritisch eingestellten Chilenen erschöpft.¹⁸ Sie glauben nicht mehr an falsche Versprechen, dulden den Missbrauch nicht länger und fördern die Willensbildung des Volkes, das die politischen Grundsätze mitbestimmen soll. Die Empörung in Chile richtet sich nicht nur gegen das Vorgehen der jetzigen Regierung. Die Kritik richtet sich gegen das gesamte System und seine Institutionen (Kongress, Parteien, Kirche, Wirtschaft usw.). Gefordert werden mehr finanzielle und soziokulturelle Gleichheit, Zugang zu Bildung, soziale Mobilität, Transparenz, Dezentralisierung und Beteiligung.

Der irische Politiker, Dramatiker und Pazifist Georg Bernard Shaw hat einmal geschrieben: «Der einzige Mensch, der sich vernünftig benimmt, ist mein Schneider. Er nimmt jedes Mal neu Mass, wenn er mich trifft, während alle anderen immer die alten Massstäbe anlegen in der Meinung, sie passten heute noch.» Es bleibt noch ungewiss, ob die zu einer breiten sozialen Bewegung angeschwollenen Proteste die chilenische Gesellschaft nachhaltig verändern und den bitter nötigen Paradigmenwechsel erreichen werden. Die Massstäbe für Bildung, Gesundheit, Sozialsystem und der Umgang mit kritischen Teilen der Bevölkerung können im heutigen Chile nicht die gleichen sein wie unter dem autoritären Regime mitten im Kalten Krieg, vor allem nicht, wenn das System nach über dreissig Jahren nicht die versprochenen Erfolge vorweisen kann, sondern nur zu noch mehr sozialer Ungleichheit geführt hat. Möge im gebeutelten Chile der vernünftige Schneider siegen.

Anmerkungen

- 1 Darüber, wann die *transición* begann und wann sie endete, scheiden sich die Geister. Da der institutionelle Rahmen für den Übergang zur Demokratie bereits in der Verfassung von 1980 festgeschrieben und einige Veränderungen im Vorfeld des Systemwechsels eingeführt wurden, gehen manche davon aus, dass der Prozess 1980 begann. Oft wird der Beginn der *transición* im Jahr 1990, zur Zeit der Rückkehr zur Demokratie, angesetzt, so auch in diesem Beitrag. Über das Ende herrscht auch keine Klarheit: Einige betrachten die Machtübernahme durch den Sozialisten Ricardo Lagos (2000) als klares Zeichen dafür, dass die *transición* vollzogen sei. Andere hingegen sehen erst im Amtsantritt von Sebastián Piñera (2010) als Präsident der Mitte-rechts-Koalition das Ende des Übergangs. Die Transitionsphase sollte eine Brücke des Übergangs vom diktatorialen zum demokratischen System sein. Doch heute hinterfragen viele diesen Übergang kritisch. Sicherlich herrscht in Chile keine Diktatur mehr, doch von einer Demokratie kann auch nicht gesprochen werden (siehe Mayol 2012, 26). In mancherlei Hinsicht entpuppt sich die Brücke als ein Labyrinth, in dem Chile gefangen zu sein scheint.
- 2 Am 17. November finden Präsidentschafts- und Parlamentswahlen statt.
- 3 So beispielsweise: Bauern- und Umweltorganisationen gegen die Einführung von Gentech-Saatgut oder ein riesiges Energieprojekt aus Wasserkraft; Mapuche-Ureinwohner gegen jahrhundertelange Diskriminierung und Enteignung; Gruppierungen, die sich für die Rechte sexueller Minderheiten einsetzen; Opfer des Erdbebens vom Februar 2010, die immer noch in Camps ausharren müssen, während sie auf staatliche Hilfe und Entschädigungszahlungen der Bauunternehmen warten; Tierschützer, Fischer und Bergbauarbeiter; Gewerkschafter, Angestellte aus dem öffentlichen und privaten Sektor; unzufriedene Kunden des Verkehrssystems in der Hauptstadt und viele andere stürmen wiederholt und massenhaft, spontan oder organisiert auf die Strassen und sagen: Basta!
- 4 Vgl. beispielsweise die monatlichen Umfragewerte von Adimark unter www.adimark.cl (Abfrage 5.6.2013).
- 5 Sebastián Piñera war ursprünglich Wirtschaftsprofessor an verschiedenen in- und ausländischen Hochschulen, ging dann in die Privatwirtschaft und besitzt heute als Milliardär eine Kreditkartenfirma sowie grosse Anteile an der Fluggesellschaft LAN und am Privatfernsehsender Chilevision.
- 6 Vgl. die UNESCO-Studie: <http://portal.unesco.org/geography/es/files/15017/13230888961Estudio-comparativo-UNESCO-Vernor-Munoz.pdf> (Abfrage 5.12.2011).

- 7 Über Machtstrukturen und Geschäfte in der chilenischen Bildungslandschaft, vgl. Mönckeberg 2005; 2007.
- 8 Zu Hintergründen und Entwicklung der als «Rebellion der Pinguine» bekannten Schülerbewegung vgl. Ortega / Gamboa u. a. 2006.
- 9 Aus diesem Grund kam es in den Jahren 2008 und 2009 immer wieder zu Bildungsprotesten, die aber im Vergleich zu 2006 und 2011 keine grossen Dimensionen erreichten.
- 10 Zahlreiche Dokumente zu den Diskussionen und Forderungen der Student/innenbewegung finden sich unter: fech.cl/documentos (Abfrage 5.6.2013).
- 11 Zu den sog. traditionellen Universitäten zählen alle staatlichen und privaten Universitäten, die bis 1981 gegründet worden sind.
- 12 www.fundacionsol.cl/fundacion-sol-presento-el-trabajo-como-centro-de-la-estrategia-de-desarrollo (Abfrage 10.7.2013).
- 13 Grundlage ist eine Studie aus dem Jahr 2011, zitiert im Info-Spot «Hay razones para creer en una educación gratuita y de calidad» von Studenten der Universidad Católica de Valparaíso. www.youtube.com/watch?v=fOHY4SZwVGc (Abfrage 17.2.2012).
- 14 Zur Chronologie der Bewegung siehe cesocuchile.wordpress.com/especial-movilizaciones/cronologia-de-las-movilizaciones-2011 (Abfrage 10.7.2013).
- 15 Um 21 Uhr beginnen in Chile die Nachrichten. Mit den *cacerolazos*, die immer um diese Uhrzeit stattfinden, wird nicht nur Solidarität gegenüber der Bewegung gezeigt, sondern auch den Medien signalisiert, dass ihre verfälschte Darstellung der Ereignisse nicht glaubhaft ist.
- 16 Zur republikanischen Verfassungsordnung Chiles vgl. Cristi / Ruiz-Tagle 2006.
- 17 Die Konföderation der Studenten Chiles vereint Studierende der traditionellen Universitäten (etwa 25 staatliche und halbstaatliche Hochschulen des Consejo de Rectores), die wiederum in demokratisch gewählten Föderationen organisiert sind. Die vor zehn Jahren gegründete CONFECH ist die einzige Studentenorganisation auf Landesebene. Gemäss Erklärung der CONFECH werden die Beschlüsse horizontal und in offenen, regelmässigen Sitzungen getroffen. An diesen nehmen die Präsidien der Föderationen teil und vertreten dort die Beschlüsse, die von ihrer Föderation verabschiedet wurden. Jede Föderation hat eine Stimme, seit 2011 auch die Föderation der Mapuche-Studierenden; vgl.: confech.wordpress.com/quienes-somos/ (Abfrage 14.6.2013).
- 18 Zur Krise des Modells vgl. Mayol 2012.

Literatur

- Agosto, Patricia (Hg.), 2008: Patagonia: Resistencias populares a la recolonización del continente. Rosario
- Aguilera, Silvia (Hg.), 2010: El Terremoto social del Bicentenario. Santiago de Chile
- Azócar, Oscar (Hg.), 2005: Fuerzas Armadas. Democracia y alternativas al neoliberalismo en América Latina. ICAL / IFRL. Santiago de Chile
- Buhl, Kathrin / Korol, Claudia (Hg.), 2008: Criminalización de la protesta y de los movimientos sociales. IFRL / Red Social de Justicia y Derechos Humanos. São Paulo
- CIPER (Hg.), 2011: El periodismo que remece a Chile. Catalonia
- Corrales, Osvaldo / Sandoval, Juan, 2005: Concentración del mercado de los medios. Pluralismo y libertad de expresión. Centro de Estudios de la Comunicación, Universidad de Chile. www.comunicacion.uchile.cl/docs/corrales2005.pdf (Abfrage 13.3.2012)
- Cristi, Renato / Ruiz-Tagle, Pablo, 2006: La república en Chile. Teoría y práctica del Constitucionalismo Republicano. Santiago de Chile
- Dermota, Ken, 2002: Chile inédito, el periodismo bajo democracia. Barcelona
- Ehlers, Torben (Hg.), 2013: Soziale Proteste in Lateinamerika. Bolívars Erben im Kampf um Eigenmacht, Identität und Selbstbestimmung. Hamburg
- Equipo El Ciudadano, 2011a: Nos están cagando. La cruda e indesmentible realidad de las cifras. In: El Ciudadano, Nr. 112, Santiago de Chile, 6

- Equipo Editor, 2011b: Del malestar individual a la protesta colectiva». In: El Ciudadano, Nr. 116, Santiago de Chile, 5
- Gamboa, Ricardo, 2006: El establecimiento del sistema binominal. In: Carlos Huneeus (Hg.): La reforma al sistema binominal en Chile. Propuestas para el debate. Santiago de Chile
- Garretón, Manuel Antonio, 1987: Universidades chilenas: historia, reforma e intervención. Santiago de Chile
- Grez, Sergio / Salaar, Gabriel (Hg.), 1999: Manifiesto de historiadores. Santiago de Chile
- Habermas, Jürgen, 1985: Ziviler Ungehorsam – Testfall für den demokratischen Rechtsstaat. In: ders.: Die neue Unübersichtlichkeit. Frankfurt am Main
- Heinrich Böll Stiftung (Hg.), 2010: Recordar para pensar. Memoria para la democracia. La elaboración del pasado reciente en el Cono Sur de América Latina. Santiago de Chile
- Huneeus, Carlos, 1988: La reforma universitaria: veinte años. Santiago de Chile
- Huneeus, Carlos, 2012: Malestar y desencanto en Chile. Legados del autoritarismo y costos de la transición. www.desarrollohumano.cl/textos/debates/Chuneeus.pdf (Abfrage 2.5.2012)
- Lechner, Norbert / Güell, Pedro, 2000: Soziale Konstruktion der Erinnerung und geschichtliche Aufarbeitung der Diktatur. In: Peter Imbusch / Dirk Messner / Detlef Nolte (Hg.): Chile. Politik, Wirtschaft, Kultur heute. Frankfurt am Main
- Mayol, Alberto, 2012: No al lucro. De la crisis del modelo a la nueva era política. Santiago de Chile
- Miranda, Carolina, 2011: Piñera sobre la educación: Nada es gratis en la vida. In: La Nación, Santiago de Chile. www.lanacion.cl/pinera-sobre-la-educacion-nada-es-gratis-en-la-vida/noticias/2011-08-11/131329.html (Abfrage 30.6.2012)
- Mönckeberg, María Olivia, 2005: La privatización de las universidades. Una historia de dinero, poder e influencias. Santiago de Chile
- Mönckeberg, María Olivia, 2007: El Negocio de las Universidades en Chile. Santiago de Chile
- Ortega, Juan / Gamboa, Andrea u. a., 2006: Me gustan los estudiantes. Santiago de Chile
- Otano, Rafael, 1995: Crónica de la transición. Madrid
- Palacios, Rolando, 2002: Propiedad de los medios de comunicación en Chile. Contextos y vínculos internacionales. In: Razón y Palabra, Nr. 60. www.razonypalabra.org.mx/antteriores/n60/varia/jimenes_munoz.html (Abfrage 25.4.2012)
- Peirano, Alondra, 2010: De la militancia revolucionaria a la militancia social. Los y las miristas en el Chile neoliberal. In: Germán Cossio / Rebeca Errázuriz u. a.: Prácticas culturales, discursos y poder en América Latina. CECLA. Santiago de Chile
- Piper, Isabel (Hg.), 2005: Memoria y derechos humanos. ¿Prácticas de dominación o resistencia? Santiago de Chile
- Quezada, Iván, 2004: Los hijos de la transición. In: Klaudio Duarte / Sandra Bustos u. a.: Juventudes de Chile. Santiago de Chile
- Rawls, John, 1975: Theorie der Gerechtigkeit. Frankfurt am Main
- Salazar, Gabriel, 2011: En el nombre del poder popular constituyente. Santiago de Chile
- Salazar, Manuel, 2011: Las letras del horror. Santiago de Chile
- Suder, Jason, 2012: How to Be Arrested In Chile Without Breaking the Law. In: Huffington Post, 6.3.2012. www.huffingtonpost.com/jason-suder/chile-freedom-of-press_b_1324547.html (Abfrage 11.3.2012)
- Teitelboim, Volodia, 2010: Ser en el Sur. Chile no es una historia amable. Santiago de Chile
- Vallejo, Camila, 2012: Podemos cambiar el mundo. La Habana
- Villagrán, Fernando / Agüero, Felipe, u. a., 2005: Represión en dictadura. El papel de los civiles. Santiago de Chile